

Brandenburgs (E)Mission regeln:

Carbon Management-Strategie jetzt starten

Nicht nur der Ausbau der Erneuerbaren Energien und die Verbesserung der Energieeffizienz, sondern auch CCUS-Technologien (Carbon Capture, Usage and Storage) sind vor allem für die Industrie ein entscheidender Zukunftsbaustein. Wirtschaft und Wissenschaft sind sich auf breiter Front darin einig: die Emissionsminderungsziele bis zur Klimaneutralität 2045 sind nach jetzigem Stand nur mit dem Einsatz von CO₂-Abscheidung und Speicherung erreichbar, wenn zugleich die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit unseres Landes erhalten bleiben soll.

Insbesondere für die Zement-, Stahl- und Chemiewerke aber auch für andere Branchen ist das Abscheiden, Nutzen und Transportieren klimaschädlicher Emissionen eine entscheidende Komponente im internationalen Wettbewerb. Aber auch zur Versorgung mit klimaneutraler Energie aus nachwachsenden Rohstoffen oder um negative Emissionen zu erzielen, ist die CO₂-Abscheidung unverzichtbar. Sichere und gut bezahlte Arbeitsplätze, Wertschöpfung und damit die Grundlage unseres Wohlstands hängen somit auch von dieser Technologie ab. Ohne ein weitsichtiges und wirtschaftsfreundliches CO₂-Management wird keine klimaneutrale Industrie möglich sein. Mit den Ende Februar vom Bundeswirtschaftsministerium vorgestellten Eckpunkten für eine Carbon Management-Strategie und einem darauf basierenden Gesetzentwurf zur Änderung des Kohlendioxid-Speicherung, hat dies nun auch Bundesregierung anerkannt.

Da aktuell auf nationaler und internationaler Ebene die Weichen gestellt und Entscheidungen getroffen werden, muss auch Brandenburg so schnell wie möglich Strukturen und Rahmenbedingen schaffen, um den Unternehmen Planungs- und Investitionssicherheit zu verschaffen. Brandenburg muss unverzüglich von seiner momentanen Beobachterposition in die Rolle eines aktiven Gestalters wechseln – und zwar jetzt. Im engen Austausch mit den Brandenburger Unternehmen, anderen Ländern und der Wissenschaft wollen wir deshalb die Entwicklung einer Carbon-Managementstrategie für Brandenburg noch im ersten Halbjahr 2024 starten. Des-halb werden wir dieses Ziel im Rahmen unserer Regierungsverantwortung mit Nachdruck einbringen und vertreten. Dabei sind insbesondere folgende Punkte zu berücksichtigen:

1. Bedeutung der CCS-Technologie für Brandenburg

Klares politisches Bekenntnis: Da eine vollständige CO₂-Vermeidung nicht erreichbar ist, braucht es die CCS-Technologie zwingend auch in Brandenburg. Nur so können die Klimaziele erreicht und der Industriestandort gesichert werden. Dabei wird insbesondere vorausgesetzt, dass Abscheidung, Nutzung und der Transport über ein Pipelinenetz realisiert werden.

2. Analyse der Bedarfe und Potentiale

Gemeinsam mit den Industrieunternehmen, Verbänden und der Wissenschaft gilt es, künftige Emissionen und Produktionsszenarien als Ausgangslage festzustellen. Hierfür sind die Einsatzmöglichkeiten und -sektoren separat zu bewerten sowie auch regionale Aspekte und Produktionsketten zu berücksichtigen. Ziel ist ein Brandenburg-Profil, welches die Interessen und Erwartungen im Hinblick auf die CO₂-Technologie klar zum Ausdruck bringt.

3. Planung und Aufbau einer CO2-Infrastruktur

Brandenburg braucht eine CO2-Infrastruktur, die sich an den aktuellen und zu erwartenden Bedarfen und Potentialen der Industrie orientiert. Da es bisher keine verbindlichen Planungen gibt, herrscht hier akuter Handlungsbedarf. Für die westdeutschen Länder laufen schon seit längerem Planungen für Pipelines, um das an den Industriestandorten der Rheinschiene entstehende CO2 nach der Abscheidung in Richtung Nordsee zu transportieren und dort in alten Erdgasfeldern zu speichern. Brandenburg muss hier im Verbund der Ostdeutschen Ländern dringend nachlegen um gravierende Standortnachteile zu vermeiden. Eine Ostdeutsche CO2-Pipeline sollte entlang des bekannten Bogens ostdeutscher Industriestandorte von Schwedt über Eisenhüttenstadt bis Leuna geführt werden. Die bisherigen Erfahrungen und Planungen zum Ausbau der Wasserstoffinfrastruktur sollte in eng mit verzahnt sein, um eine mögliche Umwidmung von bestehenden Gasleitungen und den Leitungsneubau für Wasserstoff und CO2 gesamtheitlich zu realisieren.

4. Rechtsgrundlagen und Rahmenbedingungen

Einem klaren politischen Bekenntnis müssen entsprechende rechtlichen Rahmenbedingungen schnell folgen. Deswegen muss Brandenburg im Rahmen seiner Möglichkeiten auf Bundesebene mitwirken, dass CCU/CCS vorrangig für die prozessbedingte CO2-Entstehung in der Industrie sowie in der thermischen Abfallverwertung rechtssicher ausgestaltet wird. Dazu zählen konkrete Mindestmengenziele für technische CO2-Senken, aber auch eine sinnvolle Anreiz- und Förderkulisse.

5. Klimaneutrale Energieerzeugung – auch mit fossilen Energieträgern

Für den schnellen Aufbau einer leistungsfähigen Wasserstoffwirtschaft ist die CO2-Abscheidung und -Speicherung entscheidend, denn mit dem breiten Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft kann nicht gewartet werden, bis ausreichend aus erneuerbaren Energien erzeugter („grüner“) Wasserstoff vorhanden ist. Mit Hilfe von Erdgas unter Nutzung von CO2-Technologie erzeugter („blauer“) Wasserstoff ist daher nicht nur Brückenlösung, sondern auch Technologiebeschleuniger. Daher müssen bestehende Landesstrategien wie die Energie-, oder Innovations- oder Wasserstoffstrategie des Landes überarbeitet oder angepasst werden.

6. Negative Emissionen ermöglichen

Zahlreiche Anlagen haben kein CO2-Problem, weil sie wie beispielsweise Biogasanlagen oder Erzeuger, die Energie aus nachwachsenden Rohstoffen gewinnen, bereits Klimaneutral arbeiten. Diese erhielten durch CCS die Möglichkeit, negative Emissionsbilanzen zu erreichen, indem Sie CO2 aus dem Kreislauf entziehen und damit einen wichtigen Beitrag zur Erreichung der Klimaziele leisten können.

7. Transparenz und Kommunikation

Obwohl positive Erfahrungen und Bewertungen der vor zwei Jahrzehnten durchgeführten und durch das Geoforschungszentrum Potsdam wissenschaftlich begleiteten Pilotverfahren vorliegen, bestehen in der Bevölkerung teilweise noch Skepsis und Vorbehalte. Die frühzeitige Einbindung, transparente Informationen und nachvollziehbare Prozesse ist wichtig. Daher soll auch eine Kommunikationsstrategie Bestandteil sein, um die Akzeptanz in der Bevölkerung zu verbessern.